



AK Queer in Verdi Berlin-Brandenburg

Köpenicker Str. 30
10179 Berlin

SPD LANDESVERBAND BERLIN
Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstraße 163
13353 Berlin

Fon: 030 - 4692-222
Fax: 030 - 4692-164
berlin@spd.de
<https://spd.berlin>

Berlin, 02. September 2021

Ihre Wahlprüfsteine zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2021

Sehr geehrter Herr Grünh,

herzlichen Dank für die Übersendung Ihrer Positionen zur Abgeordnetenhauswahl und das Interesse an unserem Landeswahlprogramm 2021. Bitte entschuldigen Sie die Verzögerung.

Gerne beantworten wir Ihnen Ihre Wahlprüfsteine anlässlich der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2021. Die nachfolgenden Antworten bieten einen Überblick über die Maßnahmen und das Engagement der Berliner SPD im Bereich der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik. Darüber hinaus möchten wir Sie einladen, unter spd.berlin/wahlprogramm einen Blick in unser umfassendes Wahlprogramm zu werfen.

Doch vorneweg: Berlin gilt mit einer der größten queeren Gemeinschaften in Europa international als Regenbogenstadt und darauf sind wir stolz. Die SPDqueer ist Deutschlands ältester Zusammenschluss der LSBTIQ*-Gemeinschaft. Mit dem Magnus-Hirschfeld-Preis zeichnet die Berliner SPD darüber hinaus alle zwei Jahre Personen und Organisationen aus, die sich durch ihren Einsatz in besonderem Maße für die Gleichstellung und Akzeptanz queerer politischer Anliegen verdient gemacht haben. Als Berliner SPD sind wir ein Motor für den gesellschaftspolitischen Fortschritt und fühlen uns der queeren Community verbunden, setzen uns weiterhin leidenschaftlich für eine queersensible Politik ein und unterstützen die Community aktiv bei ihrem Empowerment. Ihren Schutz vor Verdrängung aus dem öffentlichen Raum sowie vor Diskriminierung, Belästigung und Gewalt sehen wir als unsere Verpflichtung an.

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Lina Najmi

Inhalt

I. Gleichstellung.....	3
II. Antidiskriminierung.....	4
III. Aktionsplan gegen Homophobie.....	6
IV. Migration / Transsexuelle	7

I. Gleichstellung

1) Wie bewerten Sie die bisherige Politik des Berliner Senats zur Gleichstellung von Lesben und Schwulen?

Berlin ist mit seiner politischen Ausrichtung als Regenbogenhauptstadt Vorreiter und Vorbild für andere Städte und Länder und steht in einem intensiven Austausch mit Vertreter:innen der LSBTIQ*-Bewegung und wird sich auch weiterhin mit ganzer Kraft auf allen föderalen Ebenen für eine rechtliche Gleichstellung einsetzen. Mit der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) hat der Berliner Senat einen außergewöhnlichen Maßnahmenplan initiiert, der alle Politikfelder mit einschließt und klare Ziele definiert.

2) Wie bewerten Sie die Gesetzesinitiative zur Gleichstellung von Lebenspartnerschaften in Ehen im Adoptionsrecht?

Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen und Solidarität leben. Im Bund setzen wir uns für ein modernes Abstammungsrecht ein und wollen gleiche Rechte von gleichgeschlechtlichen Partner:innen in der Ehe, insbesondere bei Adoptionen. Das Land Berlin hat hierfür auch eine Bundesratsinitiative eingebracht. Unsere Spitzenkandidatin Franziska Giffey hat sich deutlich positioniert: „Zwei-Mütter-Familien sind Herkunftsfamilien! Wir brauchen eine Regelung frei von Diskriminierung. Kinder, die in lesbischen Paaren zur Welt kommen, sollen gleich bei der Geburt zwei Elternteile haben – ohne dass eine Adoption erforderlich ist.“

3) Wie wollen Sie die „Initiative Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ weiterentwickeln und ausbauen? Wie beurteilen Sie die bisherige Umsetzung der von den Koalitionsfraktionen angekündigten acht Maßnahmenpakete?

Die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) ist ein Maßnahmenkatalog, der evaluiert und ständig weiterentwickelt werden muss. Wir verpflichten uns, dass alle Ressorts im Land und in den Bezirken diesen umsetzen und dauerhaft weiterentwickeln. Die SPD Berlin setzt sich zudem für die Abschaffung des Transsexuellengesetzes ein. Regelungen zur Unterstützung informierter Entscheidungen von Personen, die ihren Personenstand ändern wollen, wollen wir schnellstmöglich umsetzen.

4) Wollen Sie die Sensibilisierungsarbeit in Schulen und Kindertagesstätten in Berlin weiter ausbauen, um Homophobie und Transphobie frühzeitig präventiv zu begegnen?

Ja. Kinder und Jugendliche brauchen starke Familien. Sie brauchen Liebe, Zuwendung und viel gemeinsame Zeit - egal ob sie mit alleinerziehendem Elternteil, in einer Vater-Mutter-Familie, Regenbogenfamilie oder Patchwork-Familie aufwachsen. Diese Vielfalt an Familienmodellen ist heute Lebensrealität unserer Gesellschaft und die unserer Kinder. Sie sollte sich deshalb in Berliner Kitas und Schulen wiederfinden und mit queersensibler pädagogischer Arbeit entsprechend thematisiert werden. Im Jahr 2020 wurde bereits der Rahmenlehrplan 1-10 für die übergreifenden Themen Akzeptanz von Vielfalt (Diversity), Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter, Interkulturelle Bildung und Erziehung sowie Sexualerziehung/Bildung zu sexueller Selbstbestimmung ergänzt und fertiggestellt. In der Lehrer:innenbildung, insbesondere bei Quereinsteiger:innen, bei Erzieher:innen und in der pädagogischen Forschung werden wir weitere Angebote und Strukturen zur Vielfalt im Unterricht schaffen und ausbauen. Aus diesem Grund haben wir in dieser Legislaturperiode eine Fachstelle für queere Bildung geschaffen und mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet. Der umfangreiche Maßnahmenplan der IGSV schließt auch die Lehrkräftefort- und -weiterbildung als auch die Verankerung von sexueller Aufklärung und Antidiskriminierung in Schule

mit ein. Die Qualifizierung von Schlüsselpersonen und pädagogischen Fachkräften der Schule und Jugendhilfe auch im Feld der Erwachsenenbildung wird fortgesetzt und weiterentwickelt.

5) Werden Sie sicherstellen, dass trotz der Corona-Krise die Einrichtungen und Projekte in der LGBT-Community wie bisher finanziell unterstützt und gefördert und dass die dafür im Landeshaushalt eingeplanten Mittel nicht gekürzt werden?

Die Berliner SPD hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, die Mittel für queere Projekte in den Doppelhaushalten 18/19 und 20/21 zu verdoppeln. Projekte und Vereine, die sich für vor allem für lesbische, bi-, trans*- und intersexuellen Sichtbarkeit einsetzen, werden wir weiter finanziell unterstützen, damit die queere Vielfalt in der Regenbogenhauptstadt lebendig bleibt und die Sichtbarkeit von queerem Leben erhöht wird. Dazu gehört auch, dass wir Feste, wie das Lesbisch-schwule-Straßenfest in rund um die Motzstraße oder den CSD e.V. unterstützen. Wir haben in dieser Legislaturperiode bereits ein **queeres Jugendzentrum** geschaffen, wollen aber darüber hinaus **Angebote für queere Jugendliche** weiter ausbauen. **Queersensible Jugend- und Sportangebote** werden wir weiter konsequent sichern und zu inklusiven Räumen entwickeln. Hierzu soll das Land Berlin Best-Practice-Beispiele verstärkt auszeichnen und Projekte strukturell und finanziell unterstützen. Wir wollen außerdem die **Förderung von (lesbischen) Wohnprojekten und Trans*-Selbsthilfegruppen** weiter ausbauen. **Zentren mit Schwerpunkt Regenbogenfamilien**, sowie (Wohn-)Projekte, die sich an queere Senior:innen und deren Bedürfnisse richten, werden wir finanziell fördern. Berlin hat inzwischen drei Regenbogenfamilienzentren, die vom Kinderwunsch bis hin zu Rechtsfragen Regenbogenfamilien beraten. Zudem streben wir an, dass im stationären und ambulanten Pflegedienst sowie in Hospizen eine queer-sensible Qualifizierung und Zertifizierung etabliert wird. Die besonderen Bedürfnisse von queeren Menschen im Gesundheitsbereich, vor allem die Bedürfnisse von trans* Personen, werden wir verstärkt berücksichtigen.

II. Antidiskriminierung

6) Wie bewerten Sie die Antidiskriminierungspolitik des Berliner Senats?

In dieser Legislaturperiode hat sich die Berliner SPD zum Ziel gesetzt, die Antidiskriminierungspolitik voranzutreiben und die Berliner:innen vor Diskriminierung zu schützen. So ist es uns gelungen, den rechtlichen Rahmen für einen soliden Schutz vor institutioneller Diskriminierung zu schaffen: Mit dem ersten **Landes-Antidiskriminierungsgesetz (LADG)** haben wir bundesweit Maßstäbe in der Antidiskriminierungspolitik gesetzt. Darauf wollen wir weiter aufbauen und unser Ziel einer diskriminierungsfreien Stadt in allen Lebensbereichen weiterverfolgen. Von Diskriminierung Betroffene müssen durch mehrsprachige Hilfsangebote darin unterstützt werden, die eigenen Diskriminierungserfahrungen zu thematisieren, zu verarbeiten und ihr Recht auf Gleichbehandlung durchzusetzen.

7) Halten Sie die Ausnahmeregelungen im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz für Religionsgemeinschaften für richtig?

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist ein Bundesgesetz. Die SPD stellt in ihrem Bundestagswahlprogramm klar, dass dieses Gesetz einer Reform bedarf, um u.a. bisherige Schutzlücken zu schließen.

8) Was wollen Sie gegen die anhaltend hohe Gewaltrate gegen LGBTI-Personen unternehmen?

Die Statistiken zeigen leider, dass es auch in Berlin erhebliche Probleme mit Hasskriminalität gegen LSBTIQ* gibt. Fälle von physischer und psychischer Gewalt sind noch immer Alltag und die Dunkelziffer ist hoch. Das verurteilen wir aufs Schärfste und werden verstärkt in **Präventions- und Sensibilisierungsarbeit** investieren, um die queere Community effektiv zu schützen. Dazu gehört auch eine weitere Sensibilisierung auf Seiten der Sicherheitsbehörden und der Justiz. Wir wollen, dass homophob motivierte Kriminalität besser erkannt und geahndet wird sowie die Taten besser statistisch erfasst werden. Bei Hass motivierten Straftaten, zu denen wir auch Homophobie und Transfeindlichkeit zählen, muss bei der Abwägung der Strafzumessung des § 46 Abs. 2 S. 2 StGB erschwerend berücksichtigt werden – hierfür setzen wir uns auf Bundesebene ein. Die Ressourcen für **Anlaufstellen von Gewaltopfern** werden wir erhöhen. Die SPD Berlin will zudem Frauen und Trans*Menschen in die Planungen von öffentlichen Räumen einbeziehen, um beispielsweise die **Entstehung von Angsträumen zu verhindern, sichere Wege zu schaffen** und eine gerechte Nutzung für alle zu gewährleisten. Wir fördern einen besseren **Schutz vor Übergriffen im Öffentlichen Nahverkehr** durch bessere und kostengünstige Angebote in den Außenbezirken, das auch in den Nachtstunden aufrechterhalten werden. Wir sind froh, dass der Berliner Innensenator, Andreas Geisel, das Thema auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung der Innenministerkonferenz gesetzt hat.

9) Wie wollen Sie die bundesdeutschen und europäischen Maßnahmen gegen Hass und Hetze im Internet in Berlin umsetzen?

Um wirksam gegen Hass und Hetze im Netz vorzugehen, werden wir eine entsprechende **Schwerpunktabteilung bei der Staatsanwaltschaft** und eine **zentrale Melde- und Beratungsstelle** für Opfer in Berlin einrichten. Der **Schutz der Opfer hat für uns höchste Priorität**. Sie können sich auf uns verlassen – auch in Form von Unterstützungsfonds. Zur Verfolgung von aus dem oder im Internet begangenen Straftaten braucht es technisch und personell hinreichend ausgestattete Strafverfolgungsbehörden. Bei hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkten auf eine Straftat müssen Verdächtige identifiziert werden können. Deshalb werden wir auf Bundesebene die nationalen Schutzvorschriften im Strafgesetzbuch und Netzwerkdurchsetzungsgesetz weiterentwickeln und setzen uns für verbindliche Regelungen auf europäischer Ebene (**Digital Service Act**) ein. Es braucht aber neben den rechtlichen Vorgaben auch ziviles Engagement, um dem Respekt zwischen den Bürger:innen in der digitalen Kommunikation wieder mehr Geltung zu verschaffen. Berliner Organisationen und Vereine, die gegen Hass und Hetze im Netz aktiv sind, sichern wir unsere Unterstützung zu.

10) Was werden Sie für eine Aufnahme des Diskriminierungsverbots aufgrund der „sexuellen Identität“ in das Grundgesetz tun?

Menschen sollen unabhängig von ihrer sexuellen Identität frei und sicher leben können – mit gleichen Rechten und Pflichten. Das Diskriminierungsverbot wegen der geschlechtlichen und sexuellen Identität werden wir in Art. 3 Abs. 3 GG aufnehmen. Das fordern wir Sozialdemokrat:innen seit 2011, und wir werden weiterhin dafür kämpfen, die entsprechenden parlamentarischen Mehrheiten hierfür zu bekommen.

III. Aktionsplan gegen Homophobie

11) Welche Schwerpunkte würden Sie bei der Weiterentwicklung des Aktionsplans gegen Homophobie setzen?

Der Aktionsplan gegen Homophobie war ein wegweisender und bundesweit beispielhafter Schritt zur Abschaffung aller Formen der Diskriminierung homosexueller Menschen in Berlin. Dennoch stellen wir fest, dass der Aktionsplan weiterentwickelt werden muss. Im Fokus stehen hierbei u.a. queersensible Ansätze in der (Alten-)Pfleger und Senior:innenpolitik sowie bessere statistische Datenaufhebung und digitales Monitoring homofeindlicher Gewalt. Wichtig ist uns auch eine bessere Verzahnung mit den Maßnahmen der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV).

12) Wie und in welchem Zeitraum wollen Sie das neue Diversity-Landesprogramm umsetzen und sind Sanktionen bei Nichtumsetzung geplant? Werden Sie sicherstellen, dass die Stellenausstattung von Ansprechpartner_innen für LGBT-Personen bei den Behörden des Landes Berlin (Bezirksämter, usw.) und das ihnen für die Durchführung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellte Budget allen Anforderungen genüge tut?

Die SPD ist diejenige politische Kraft, die sich zu einer Stadt der Vielfalt bekennt und konsequent für Solidarität eintritt. Mit uns wird Berlin auch in Zukunft seine Willkommenskultur und Weltoffenheit in allen Bereichen der Stadtgesellschaft vorleben. Mit unserer Politik wollen wir zu einer **Vielfalt wertschätzenden Stadtkultur** beitragen und den **Diskriminierungsschutz** beständig weiterentwickeln. Hierbei werden wir dafür sorgen, dass insbesondere die Berliner Verwaltungsstrukturen mitziehen. Denn der öffentliche Dienst soll Vorbild und Impulsgeber sein. Mit dem neuen Diversity-Landesprogramm wollen wir unsere Vorreiterrolle weiter ausbauen und mit einer **Diversitätsoffensive die Berliner Verwaltung** weiterentwickeln und modernisieren. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Migrationsgeschichte gemäß ihres Anteils an der Berliner Bevölkerung im öffentlichen Dienst auf allen Ebenen beschäftigt werden, um ihren Anteil auf allen beruflichen Ebenen mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung Berlins abzubilden. An Schulen wollen wir **Antidiskriminierungsfortbildungen** von der Spitze durch in die Fläche gehend. Eine diskriminierungskritische Fortbildung muss verpflichtend vom Senat vorgeschrieben werden für alle Lehrer:innen aller Fächer sowie weiteres pädagogisches Personal und Rektor*innen an der Schule und die Verwaltung. Dies schließen alle Beschäftigten der Schulbehörden sowie der angegliederten Verwaltung im Land Berlin mit ein. Die Berliner SPD wird sich zudem dafür einsetzen, die Stellenausstattung von behördlichen und bezirklichen Ansprechpartner:innen für LGBTQ*-Menschen zu sichern.

13) Halten Sie es für richtig, dass die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ nicht dafür genutzt wurde, um Aufklärungsangebote in Schulen weiter auszubauen?

Die Berliner SPD versteht die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ als gesamtgesellschaftliches Maßnahmenpaket, das für alle Bereiche der Berliner Stadtgesellschaft relevant ist – das gilt auch für den Schul- und Bildungsbereich.

IV. Migration / Transsexuelle

14) Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, homosexuelle und transgeschlechtliche Geflüchtete zu schützen?

Immer wieder schlagen Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Herkunft, sexueller Orientierung oder Religion Diskriminierung, Gewalt und Hass entgegen. Für uns ist klar: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rassismus haben keinen Platz in unserer Stadt. Gerade homosexuelle und transgeschlechtliche Geflüchtete sind oft von **Mehrfachdiskriminierung** betroffen: Studien zeigen, dass transgeschlechtliche Geflüchtete und Migrant:innen nicht nur von Rassismus und Transfeindlichkeit betroffen sind, sondern auch häufiger unter Armut und Klassismus leiden. Die Berliner SPD will für diese Biografien die politische Sensibilität erhöhen und mit einer **intersektionalen Gleichstellungspolitik** dafür sorgen, dass ihre Anliegen in allen gesellschaftlichen Bereichen weiter gefördert werden. Denn für uns ist die Gleichwertigkeit aller Menschen nicht verhandelbar. Wir unterstützen deshalb auch die Einrichtungen von **Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Verfolgung rassistischer Gewalt** in Berlin.

Wir bekennen uns zudem zur Verantwortung, allen Menschen in der Stadt ein Leben in Würde und ohne Angst zu ermöglichen. **Kettenduldungen lehnen wir ab. Bestehende Arbeitsverbote für geduldete Menschen wollen wir daher durch eine Aufenthaltserlaubnis beenden** und somit den Zugang zur Erwerbstätigkeit ermöglichen. Wir werden uns auf Bundesebene weiter dafür einsetzen, Migrant:innen durch einen leichteren Spurwechsel ein dauerhaftes Aufenthalts- und Bleiberecht zu ermöglichen. Ziel aller Maßnahmen der Berliner SPD bleibt eine sichere und anständig bezahlte Beschäftigung.

Wir wollen allen Berliner:innen den Zugang zur Gesundheitsversorgung ermöglichen – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Menschen ohne Krankenversicherungsschutz müssen leichteren Zugang zum Versorgungssystem erhalten. Dafür wollen wir die Berliner Clearingstelle verstetigen und ausbauen. Sie berät Menschen ohne Krankenversicherung und übernimmt Kosten für ärztlich verordnete medizinische Behandlungen, einschließlich Therapieleistungen.

15) Unterstützen Sie eine zeitnahe Reform des Transsexuellengesetzes, damit transgeschlechtliche Menschen selbstbestimmt leben können?

Jeder Mensch sollte selbst über sein Leben bestimmen können. Wir wollen, dass trans-, inter- und nicht binäre Menschen im Recht gleich behandelt werden, deshalb setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, das Transsexuellengesetz reformieren.